



**Protokoll der ordentlichen Mitgliederversammlung  
der Partei  
Deutsche Nationalversammlung (DNV)  
am 23.11.2014 in Wandlitz**

Versammlungsort: Hotel „Jägerheim Ützdorf“  
Wandlitzer Str. 12  
16348 Wandlitz Lanke

Versammlungszeit: 11:00 Uhr bis 16:10 Uhr

Anwesende: laut Anwesenheitsliste 13 Personen, 13 abwesende Mitglieder durch Stimmrechtsübertragung stimmberechtigt, keine Gäste

Deutsche Nationalversammlung (DNV)  
Postfach 70 04 12  
10324 Berlin

## TOP 1 Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, übernimmt die Versammlungsleitung und begrüßt alle angereisten Teilnehmer.

## TOP 2 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr **Ferdinand Karnath** trägt vor, daß auf Beschluß des Bundesvorstandes vom **10.08.2014** eine umfangreiche Innenrevision durchgeführt wurde.

Wesentliche Prüfpunkte der parteiinternen Innenrevision waren:

- Beitragszahlungen durch die erfassten Mitglieder
- Überprüfung der Mitgliederliste nach offener oder verdeckter Mitglied-/Anhängerschaft in den Zielen und Grundsätzen der Partei zuwiderlaufenden Organisationen/Bewegungen und auf Infiltration durch staatliche Sicherheitsdienste durch deren eingesetzte Personen
- Aufklärung über die fremdbestimmte Vereitelung der parteilichen Arbeit von innen nach außen und im inneren Ablauf und die Verhinderung von Kommunikation an sich

Zum Beginn der Innenrevision wies die Mitgliederliste einen Stand von lediglich 146 tatsächlich eingetragenen und damit realistisch erfassten Mitgliedern aus. Die Innenrevision wurde auf der Sitzung des Bundesvorstandes vom 19.10.2014 in Potsdam **v o r l ä u f i g** abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 19.10.2014 dazu einstimmig beschlossen:

Die Mitgliedsrechte von zunächst 114 eindeutig ermittelten Mitgliedern werden wegen Beitragsrückständen von mehr als drei (3) Monats-beiträgen bis zum Ende der ordentlichen Mitgliederversammlung am 23.11.2014 vorläufig hinsichtlich ihres aktiven und passiven Wahl- und Stimmrechtes, suspendiert. Weitere Ausschlussgründe, insbesondere wegen eines parteischädigenden Verhaltens, bleiben an dieser Stelle noch unberücksichtigt.

Der Mitgliederversammlung wird empfohlen, den Parteiausschluss derer unstreitig festgestellten Mitglieder gemäß Art. 4, Absätze 5, 7 und 8 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung) zu beschließen.

Somit sind zum Beginn der ordentlichen Mitgliederversammlung am 23.11.2014 in Wandlitz 32 ordentliche Mitglieder stimmberechtigt.

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, stellt fest, daß zur Versammlung 13 Mitglieder persönlich erschienen und darüber hinaus 13 weitere Mitglieder ordentlich durch eine satzungsgemäße Stimmrechts-uebertragung, auf Grund eines vorab vorgetragenen Verhinderungsgrundes, vertreten sind.

**Die Versammlung ist somit beschlußfähig.**

**Aus der Versammlung werden keine Einwände erhoben.**

## **TOP 2.1 Beschlußfassung zur Verkürzung der Ladungsfrist**

Herr **Ferdinand Karnath** berichtet, daß es im Rahmen der Vorbereitung der ordentlichen Mitgliederversammlung neben der noch laufenden Innenrevision weitere Schwierigkeiten gab. So konnten 5 Mitglieder auf keinem nachgenannten Kommunikationsweg (E-Mail, Telefon, Post) bezüglich der einvernehmlichen Terminabstimmung erreicht und dadurch auch nicht ordnungsgemäß eingeladen werden.

Der Bundesvorstand beantragt:

Die Mitgliederversammlung möge der Verkürzung der Ladungsfrist aus besonderem Grund, entgegen der satzungsgemaessen Vorgabe, auf 9 Tage zustimmen. Die 5 nicht erreichbaren Mitglieder werden wegen ungeklärter Mitgliedverhaeltnisse in ihren aktiven und passiven Rechten aus der Satzung für diesen Bundesparteitag suspendiert.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen und unter Berücksichtigung der 13 Stimmberechtigungen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben,

davon

13 Ja-Stimmen durch Handzeichen, 13 Ja-Stimmen durch  
Stimmberechtigung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorstandes ist mit 26 Stimmen einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

### **TOP 3    Änderung der Tagesordnung**

Herr **Ferdinand Karnath** trägt vor, daß von einem Mitglied ein Antrag auf Änderung der Tagesordnung vorliegt. Gestützt wird der Antrag im Wesentlichen auf Artikel 8 Absatz 8 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung).

In der mit der Einladung versandten Tagesordnung fehle der in § 9 Abs. 5 Parteiengesetz vorgeschriebene Finanzbericht. Ferner fehle die Beschlussfassung über die Entlastung, der bis zum Ende der Mitgliederversammlung amtierenden Organe der Partei.

Der Bundesvorstand beantragt, die Tagesordnung wie vorgeschlagen zu ändern.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben,

davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorstandes ist mit 26 Stimmen einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

### **TOP 4    Wahl eines Versammlungsleiters**

Aus der Versammlung wird Herr **Christian Stöhr** als Versammlungsleiter vorgeschlagen.

Auf Befragen durch den Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, erklärt sich Herr **Christian Stöhr**, bereit, zur Wahl zu stellen. Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr **Christian Stöhr** ist somit einstimmig mit 26 Stimmen zum Versammlungs-leiter gewählt.

Auf Befragen von Herrn **Ferdinand Karnath** erklärt Herr **Christian Stöhr**, daß er die Wahl annimmt.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Herr **Ferdinand Karnath** übergibt die Versammlungsleitung an Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 4.1 Abstimmung, ob der Versammlungsleiter auch die Wahlleitung übernehmen soll**

Antrag aus der Versammlung:

Der Versammlungsleiter übernimmt ebenfalls die Wahlleitung.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 13 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag ist mit 26 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Herr **Christian Stöhr** erklärt auf Nachfrage aus der Versammlung, daß er die Wahlleitung ebenfalls übernimmt.

## **TOP 4.2 Wahl eines Wahlleiters**

Entfällt, siehe **TOP 4.1**

## **TOP 4.3 Wahl eines Protokollführers**

Aus der Versammlung wird Herr **Alexander Jobst** als Protokollführer vorgeschlagen.

Auf Befragen des Versammlungsleiters Herrn **Christian Stöhr**, erklärt Herr **Alexander Jobst**, sich der Wahl zu stellen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 13 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen per Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr **Alexander Jobst** ist mit 26 Ja-Stimmen einstimmig zum Protokollführer gewählt.

Auf Befragen des Versammlungsleiters Herrn **Christian Stöhr** erklärt Herr **Alexander Jobst**, die Wahl anzunehmen.

## **TOP 5 Bericht des Vorstandes**

Der Versammlungsleiter Herr **Christian Stöhr** übergibt das Wort an den Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**.

## **TOP 5.1 Bericht des Bundesvorsitzenden zur Arbeit des Vorstandes und zur Lage der Partei**

Der Bundesvorsitzende berichtet rückblickend, daß bereits die anfangs lose als Bürgervereinigung agierende Deutsche Nationalversammlung sowohl von Feinden des Grundgesetzes als auch von staatlichen Stellen und/oder unter deren Schutz/in deren Auftrag mit dem Ziel der Zerstörung unterwandert wurde.

Dieser Zustand hielt über die Gründungsversammlung am 25.11.2012 in Berlin bis zum vorläufigen Abschluß der Innenrevision am 19.10.2014 an.

Bereits im Zeitpunkt der Gründung als Partei am 25.11.2012 war klar, daß

- sich die Unterwanderung zum damaligen Zeitpunkt nicht verhindern lassen würde
- sich die vermutete Befehlskette der im Bundestag vertretenen Parteien zur Verhinderung politischer Konkurrenz gegenüber dem BVerfG nur über die vorübergehende Duldung der Infiltration gerichtsfest beweisen lassen würde
- daraus folgend als strategische Abwehrmaßnahme im Sinne von Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz, bzw. des uebergesetzlichen Notstandes aus dem BGB, kein anderes Mittel zur Verfügung stehen würde

Als Folge der Unterwanderung wurde die Kommunikation sowohl innerhalb der Partei (zwischen den Mitgliedern) als auch die Kommunikation der Partei nach Außen unterbrochen.

### **PAUSE von 12:30 Uhr bis 12:45**

Weiter mit dem Bericht des Bundesvorsitzenden:

Im Zuge intensiver Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und bestimmten Mitgliedern konnte die im Internet, unter dem Pseudonym „**Teobald Tiger**“ gegen den Bundesvorsitzenden und die Bundespartei hetzende Person, mit Klarnamen und Wohnort eindeutig identifiziert werden.

Eine entsprechende Strafanzeige mit Strafantrag befindet sich in Vorbereitung.

Weiter können durch die gute Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und den gleichen Mitgliedern Organisations-/Weisungsstrukturen zwischen der am-tierenden Bundesregierung, nachgeordneten Behörden, den Parteipräsidien der im Bundestag vertretenen Parteien, sowie weiterer Kräfte gerichtsfest be-wiesen werden.

Herr **Ferdinand Karnath** führt ferner aus, daß folgende konkrete Ergebnisse erreicht wurden:

- erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde zur Bundestagswahl vor dem Bundesverfassungsgericht am 23.07.2013, Az. 2 BvC 3/13
- anhängige Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Gültigkeit der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag vom 22.09.2013 unter 2 BvC 21/14
- damit zusammenhängend der gerichtsfest belegbare Nachweis eines Ab-wehrmechanismus der im Bundestag vertretenen Parteien gegen auf-kommende politische Konkurrenz in Form von Parteien
- **Abmahnung der Amadeu Antonio Stiftung** wegen rechtswidrig ruf-schädigender Bezeichnung der Partei Deutsche Nationalversammlung als Reichsbürgerbewegung
- **Abmahnung des rbb** wegen öffentlicher Rufschädigung
- **Abmahnung des Polizeipräsidenten in Berlin** wegen unzutreffender Behauptungen in der Broschüre „Lagedarstellung zur politisch motivierten Kriminalität in Berlin 2013“
- Positionierung der Partei Deutsche Nationalversammlung als Spieler auf dem politischen Parkett
- Positionierung der Partei Deutsche Nationalversammlung als klar und mit beiden Füßen auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung des Grundgesetzes und der daraus geltenden Rechtsordnung stehenden Partei
- Positionierung der Partei Deutsche Nationalversammlung mit dem einzig tragenden Ziel/Programmpunkt „Umsetzung des Rechtes aus Art. 146 Grundgesetz“
- Die bislang vom Bundesvorstand geduldete Unterwanderung/Infiltration und der Kontakt zu dem Parteiziel feindlichen Kräften wurde durch die am 19.10.2014 vorläufig abgeschlossene Innenrevision beendet
- Die Arbeitsfähigkeit des Bundesvorstandes konnte durch tatkräftige Un-terstützung aus den Reihen der verbliebenen Mitglieder durchgehend erhalten werden. In Folge der Beschlüsse des



Bundesvorstandes vom 19.10.2014 wurde ein kommissarischer Schatzmeister bestellt. Sein Bericht folgt im weiteren Verlauf.

## **TOP 5.2 Aussprache zum Bericht des Bundesvorsitzenden**

Es erfolgt eine kurze Aussprache zum Bericht des Bundesvorsitzenden.

**Aus der Versammlung werden keine Einwendungen gegen die Arbeit des Bundesvorstandes erhoben.**

## **TOP 5.3 Bericht des kommissarischen Schatzmeisters zur Finanzlage der Partei**

Der Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, übergibt das Wort an den kommissarischen Schatzmeister, Herrn **Michael Roede**.

Herr **Michael Roede** führt aus, daß er das Amt des kommissarischen Schatzmeisters am 19.10.2014, als Ergebnis der vorläufigen Innenrevision, übernommen hat.

In diesem Zusammenhang trägt der kommissarische Schatzmeister vor, daß von den in der Mitgliederliste zuletzt verzeichneten 146 Mitgliedern nur 32 Mitglieder regelmäßige Beitragszahlungen geleistet haben.

Unter den säumigen Beitragszahlern seien auch etliche Mitglieder des Bundesvorstandes gewesen, so daß deren Mitgliedsrechte gemäß Artikel 4 Absatz 7 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung) geruht haben.

Unter diesem Gesichtspunkt sei ihm in der Sitzung des Bundesvorstandes vom 19.10.2014 die Funktion des kommissarischen Schatzmeisters übertragen worden. Herr **Michael Roede** erklärt, daß ihm zu diesem Zeitpunkt die komplette Buchhaltung der Partei für die Kalenderjahre 2012 und 2013 zur Einsichtnahme und Prüfung vorgelegen hat.

Herr **Michael Roede** trägt weiter vor, daß der Partei anhand der Mitgliederliste ein gemittelt monatliches Beitragsaufkommen von ca. € 800,00 monatlich zustünde. Dieser Wert sei keinesfalls erreicht worden.

Prinzipiell stünde der Partei der Rechtsweg zum Einzug der rückständigen Beiträge offen.

Herr **Michael Roede** schlägt vor, unter Abwägung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, auf den gerichtlichen Einzug der Beitragsrückstände zu verzichten. Ein Antrag dazu wird im weiteren Verlauf der Versammlung gestellt werden.

Ferner führt der kommissarische Schatzmeister aus, daß ihm beispielhaft der Schriftverkehr des Landesverbandes Sachsen zur Eröffnung eines Bankkontos vorliege, in dem mehrere Banken die Eröffnung eines Bankkontos für den Landesverband Sachsen ablehnen. Es liege die Vermutung nahe, daß die Ablehnungen politisch motiviert seien.

Der kommissarische Schatzmeister hält in diesem Zusammenhang fest, daß somit eine eigenständige Rechenschaftslegung und die Konsolidierung der Rechenschaftsberichte der Landesverbände entfallen.

**Der den Anforderungen des Parteiengesetzes genügende Rechenschaftsbericht von 2012 und 2013 und ist Bestandteil des Protokolls.**

Rückgabe des Wortes an den Versammlungsleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 5.4      Aussprache zum Bericht des kommissarischen Schatzmeister**

Es findet eine Aussprache zum Bericht des kommissarischen Schatzmeisters statt.

**Einwendungen werden aus der Versammlung nicht erhoben.**

## **TOP 5.5      Bericht des Kassenprüfers**

Der Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, übergibt das Wort an den anwesenden Kassenprüfer, Herrn **Wilfried Kumm**.

Herr **Wilfried Kumm** berichtet, daß er an der Innenrevision beteiligt war.

In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit dem Bundesvorstand auf der Sitzung am 19.10.2014 festgestellt, daß der weitere auf der Gründungs-versammlung vom 25.11.2012 gewählte 2.Kassenprüfer mit mehr als 3 Monatsbeiträgen in Rückstand war und gemäß Artikel 4 Absatz 7 der Sat-zung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung) sein aktives und passives Wahlrecht verloren hatte. Seine Mitwirkung an der Kassenprüfung für die Kalenderjahre 2012/2013 war also weder möglich, noch nötig.

In der Sache berichtet der Kassenprüfer, daß ihm die komplette Buchhaltung der Bundespartei zur Einsichtnahme und Prüfung vorgelegen habe.

Herr **Wilfried Kumm** berichtet darüber hinaus, daß ihm die Unterlagen hinsichtlich der Konteneröffnung mindestens eines Landesverbandes zur Einsicht und Prüfung vorgelegen hat. Im Ergebnis ist sämtlicher Zahlungsverkehr, auch die Landesverbände betreffend, über das Konto der Bundespartei abgewickelt worden.

Aus Sicht der Kassenprüfung gibt es keine Einwendungen gegen die Kassen- und Kontoführung der Partei.

Rückgabe des Wortes an den Versammlungsleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 5.6      Aussprache zum Bericht des Kassenprüfers**

Es findet eine Aussprache zum Bericht des Kassenprüfers statt.

**Einwendungen werden aus der Versammlung nicht erhoben.**

## **TOP 6      Beschlüsse zur Entlastung des Vorstandes und des Kassenprüfers**

### **TOP 6.1      Entlastung des Vorstandes**

Der Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, übergibt das Wort an den Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**.

Der Bundesvorsitzende trägt vor, daß wie im Bericht des kommissarischen Schatzmeisters (**TOP 5.3**) dargestellt etliche Mitglieder des bis zum 19.10.2014 amtierenden Bundesvorstandes ihr aktives und passives Wahlrecht wegen Beitragsrückständen verloren haben und somit auch im Bundesvorstand ihre Rechte suspendiert gewesen seien.

Die hier in Rede stehende Entlastung des Vorstandes könne sich notwendigerweise nur auf den seit dem 19.10.2014 rechtmäßig handelnden Vorstand beziehen. Ob oder/und gegen die suspendierten weiteren ehemaligen Mitglieder des Bundesvorstandes Schadenersatzansprüche geltend zu machen sind, bedarf einer tieferen Prüfung durch den im Anschluß neu zu wählenden Bundesvorstand.

Herr **Ferdinand Karnath** beantragt als Vertreter des Bundesvorstandes:

Die Mitgliederversammlung möge die Entlastung des seit 19.10.2014 amtierenden Bundesvorstandes der Partei Deutsche Nationalver-sammlung beschließen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der amtierende Bundesvorstand, konkret der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, sowie sein Stellvertreter, Herr **Klaus-Peter Böttcher**, werden einstimmig entlastet.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Rückgabe des Wortes an den Versammlungsleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 6.2 Entlastung des amtierenden, kommissarischen Schatzmeisters**

Übergabe des Wortes an den amtierenden, kommissarischen Schatzmeister.

Der amtierende, kommissarische Schatzmeister beantragt:

Die Mitgliederversammlung möge die Entlastung des seit 19.10.2014 amtierenden kommissarischen Schatzmeisters beschließen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der amtierende kommissarische Schatzmeister, Herr **Michael Roede**, wird einstimmig entlastet.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Rückgabe des Wortes an den Versammlungsleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 6.3 Entlastung des Kassenprüfers**

Antrag aus der Versammlung:

Der Kassenprüfer, Herr **Wilfried Kumm**, wird für die Prüfungsjahre 2012 und 2013 vollumfänglich entlastet.

Die Prüfung und Entscheidung, ob oder/und in welchem Umfang gegen den weiteren Kassenprüfer Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden, ob-liegt dem im Anschluß neu zu wählenden Bundesvorstand.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Kassenprüfer, Herr **Wilfried Kumm**, wird einstimmig entlastet.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Rückgabe des Wortes an den Versammlungsleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

**Pause von 13:05 Uhr bis 14:02 Uhr**

**14:02 Uhr Wiederaufnahme der Versammlung unter Leitung von Herrn Christian Stöhr**

## **TOP 7    Vorstellung der geplanten Satzungsänderungen, ergänzender Vortrag der an der Überarbeitung Beteiligten**

Herr **Christian Stöhr** übergibt das Wort an den amtierenden Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**.

Herr **Ferdinand Karnath** führt in die geplanten Änderungen der Parteisatzung ein. Die auf der ordentlichen Mitgliederversammlung der Bundespartei der Deutschen Nationalversammlung Anwesenden finden in ihren Tagungsunterlagen die Gegenüberstellung der aktuellen Satzung mit den geplanten Änderungen.

Herr **Ferdinand Karnath** versichert an Eides Statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung, daß die Mitglieder, welche von ihrem Recht auf Stimmrechtsübertragung Gebrauch gemacht haben, im Vorfeld über Art und Umfang der Satzungsänderungen informiert wurden.

Der Bundesvorsitzende führt aus, daß der Bundesvorstand die vorgeschlagenen Satzungsänderungen unter mehreren Aspekten für sinnvoll und notwendig hält.

1. Die auf der Gründungsversammlung am 25.11.2012 beschlossene und im Mai 2013 auf Betreiben des Bundeswahlleiters per außerordentlicher Mitgliederversammlung geänderte Satzung der Bundespartei enthielt die Arbeitsfähigkeit der Bundespartei betreffende Regelungslücken.

2. Im Nachgang zu dem Arbeitstreffen der DNV in Nebra sind im „praktischen Arbeitsbetrieb“ der Bundespartei notwendige Klarstellungen im Verhältnis von Landesverbänden zur Bundespartei ersichtlich geworden.
3. Hat das Büro des Bundeswahlleiters einige Hinweise zur Klarstellung im Rahmen der Satzung vorgegeben, die vom amtierenden Bundesvorstand für sinnvoll und notwendig erachtet werden.

An der Satzungsüberarbeitung war das Mitglied, Herr **Alexander Jobst** maßgeblich beteiligt und stand den Anwesenden der ordentlichen Mitgliederversammlung zu Beweg- und Hintergründen der geplanten Satzungsänderungen Rede und Antwort.

Der Bundesvorsitzende führte ferner aus, daß die überarbeitete Satzungsver-sion durch eine Juristin inhaltlich geprüft und für mit dem Parteiengesetz konform befunden wurde.

Der Bundesvorsitzende beantragt Namens und im Auftrag des amtierenden Bundesvorstandes:

Die Mitgliederversammlung möge der beantragten Neufassung der Satzung vollumfänglich zustimmen.

Der Bundesvorsitzende übergibt das Wort an den Versammlungs- und Wahlleiter, Herrn **Christian Stöhr**.

## **TOP 7.1      Abstimmung über die Änderung der Satzung**

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt an **Eides statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklärung, daß**

- **er die Anwesenheitsliste zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Bundespartei der Partei Deutsche Nationalversammlung ein-gesehen und geprüft hat**
- **er die Stimmübertragungen von abwesenden Mitgliedern auf An-wesende der Mitgliederversammlung im Original eingesehen und geprüft hat.**
- **einzelne Anwesende auf der Mitgliederversammlung in Bezug auf die Änderung der Satzung mit einem mehrfachen Stimmrecht ausgestattet sind**

Die Abstimmung über die Satzungsänderungen findet per Handzeichen statt.

Es werden insgesamt 26 Stimmen abgegeben, davon

26 Ja-Stimmen (Splittung 13/13, wie vor)

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Die Änderung der Satzung der Bundespartei der Partei Deutsche Nationalversammlung (DNV) ist somit mit der nötigen 2/3 Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder angenommen.

## **TOP 8 Wahl des Bundesvorstandes**

### **TOP 8.1 Vorstellung der Kandidaten in Kurzbiographie**

Der Versammlungs- und Wahlleiter bittet um Vorschläge für die zu besetzenden Parteiämter:

Vorschlag aus der Versammlung für das Amt des **Schatzmeisters:**

**Thuy Phuong Bayer, Unternehmerin, geschäftsansässig in Berlin**

Der amtierende Bundesvorsitzende verliert sowohl die Einverständniserklärung zur Kandidatur, als auch vorsorglich im Vorfeld die Annahme der Wahl.

Vorschlag aus der Versammlung für das Amt des **stellvertretenden Vorsitzenden:**

**Michael Roede, Beamter, wohnhaft in Potsdam**

Vorschlag aus der Versammlung für das Amt des **Parteivorsitzenden:**

**Ferdinand Karnath, Beamter im Ruhestand, wohnhaft in Berlin**



## TOP 8.2 Wahl des Bundesvorsitzenden in geheimer Abstimmung

Herr **Christian Stöhr** übernimmt die Wahlleitung.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt zu Protokoll, daß er für das Amt des Parteivorsitzenden nur einen Kandidaten, nämlich Herrn **Ferdinand Karnath**, gibt.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt an **Eides statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklärung, daß**

- er die Anwesenheitsliste zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Bundespartei der Partei Deutsche Nationalversammlung eingesehen und geprüft hat
- er die Stimmübertragungen von abwesenden Mitgliedern auf Anwesende der Mitgliederversammlung im Original eingesehen und geprüft hat.
- einzelne Anwesende auf der Mitgliederversammlung in Bezug auf die Änderung der Satzung mit einem mehrfachen Stimmrecht aus-gestattet sind

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erläutert, daß auf den Stimmzetteln „Ja“ für Zustimmung zum Kandidaten, „Nein“ für die Ablehnung des Kandidaten und „Enthaltung“ notiert werden kann. Anderslautende und/oder ergänzende Bemerkungen führten zur Ungültigkeit der Stimme.

Es findet eine geheime Wahl statt.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

26 Ja-Stimmen (Splitting 13/13 wie vor)

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr **Ferdinand Karnath** ist somit einstimmig zum Bundesvorsitzenden der Partei Deutsche Nationalversammlung gewählt.

Auf Befragen des Wahlleiters, Herrn **Christian Stöhr**, erklärt Herr **Ferdinand Karnath**, daß er die Wahl annimmt.

**Einwendungen aus der Versammlung gegen die Wahl werden nicht erhoben.**

## **TOP 8.3. Wahl von bis zu 2 Stellvertretern**

Herr **Christian Stöhr** übernimmt die Wahlleitung.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt zu Protokoll, daß es für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden nur einen Kandidaten, nämlich Herrn **Michael Roede**, gibt.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr** erklärt an **Eides statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklärung, daß**

- **er die Anwesenheitsliste zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Bundespartei der Partei Deutsche Nationalversammlung eingesehen und geprüft hat**
- **er die Stimmübertragungen von abwesenden Mitgliedern auf Anwesende der Mitgliederversammlung im Original eingesehen und geprüft hat.**
- **einzelne Anwesende auf der Mitgliederversammlung in Bezug auf die Änderung der Satzung mit einem mehrfachen Stimmrecht aus-gestattet sind**

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erläutert, daß auf den Stimmzetteln „Ja“ für Zustimmung zum Kandidaten, „Nein“ für die Ablehnung des Kandidaten und „Enthaltung“ notiert werden kann. Anderslautende und/oder ergänzende Bemerkungen führten zur Ungültigkeit der Stimme.

Es findet eine geheime Wahl statt.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

26 Ja-Stimmen (Splitting 13/13 wie vor)

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr **Michael Roede** ist somit einstimmig zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei Deutsche Nationalversammlung gewählt.

Auf Befragen des Wahlleiters, Herrn **Christian Stöhr**, erklärt Herr **Michael Roede**, daß er die Wahl annimmt.

**Einwendungen aus der Versammlung gegen die Wahl werden nicht erhoben.**

## **TOP 8.4 Abstimmung, ob Beisitzer in den Vorstand gewählt werden sollen**

Herr **Christian Stöhr** übernimmt die Wahl- und Versammlungsleitung.

**Einrede** aus der Versammlung, daß bislang zwar der Bundesvorsitzende und sein Stellvertreter gewählt worden seien, vor der Entscheidung ob und wie-viele Beisitzer gewählt werden, noch über den Schatzmeister zu befinden sei.

### **Es findet eine kurze Pause statt (14:41 Uhr bis 14:45 Uhr)**

Der Wahl- und Versammlungsleiter prüft während der Pause gemeinsam mit dem gewählten Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, dem gewählten stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn **Michael Roede**, sowie dem Protokollführer, Herrn **Alexander Jobst**, die Sach- und Faktenlage.

### **Wiederaufnahme der Versammlung um 14:45 Uhr**

Der Wahl- und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, berichtet der Versammlung, daß die Wahl eines/einer Schatzmeisters/in der geänderten Tagesordnung nicht vorgesehen sei.

Dieser Mangel könne durch Beschluß der Mitgliederversammlung geheilt werden. Der Wahl- und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, sowie der gewählte Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, beantragen übereinstimmend:

„Es wird der Tagesordnungspunkt **8.4.0 „Wahl des/der Schatzmeisters/in“** in die Tagesordnung eingefügt“.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen durch Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Der Wahl- und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt, daß die Versammlung nunmehr mit dem Tagesordnungspunkt **8.4.0 „Wahl des/der Schatzmeisters/in“** fortgesetzt wird.

## **TOP 8.4.0 Wahl des/der Schatzmeister/in**

Der Wahl – und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, nimmt Bezug auf die unter **TOP 8.1** verlesene Bereitschaft des Mitgliedes, Frau **Thuy Phuong Bayer**, für die Position der Schatzmeisterin zu kandidieren.

Herr **Christian Stöhr** übernimmt die Wahlleitung.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt zu Protokoll, daß es für das Amt der Schatzmeisterin nur einen Kandidaten, nämlich, Frau **Thuy Phuong Bayer**, gibt.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt an **Eides statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Erklärung, daß**

- er die Anwesenheitsliste zur ordentlichen Mitgliederversammlung der Bundespartei der Partei Deutsche Nationalversammlung ein-gesehen und geprüft hat
- er die Stimmübertragungen von abwesenden Mitgliedern auf An-wesende der Mitgliederversammlung im Original eingesehen und geprüft hat.
- einzelne Anwesende auf der Mitgliederversammlung in Bezug auf die Änderung der Satzung mit einem mehrfachen

### **Stimmrecht aus-gestattet sind**

- **er die Einverständniserklärung der Kandidatin zur Wahlaufstellung eingesehen hat**

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erläutert, daß auf den Stimmzetteln „Ja“ für Zustimmung zum Kandidaten, „Nein“ für die Ablehnung des Kandidaten und „Enthaltung“ notiert werden kann. Anderslautende und/oder ergänzende Bemerkungen führten zur Ungültigkeit der Stimme.

Es findet eine geheime Wahl statt.

Es werden insgesamt 26 Stimmen abgegeben, davon

26 Ja-Stimmen (Splittung 13/13 wie vor)

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Frau **Thuy Phuong Bayer** ist somit einstimmig zur Schatzmeisterin der Bundespartei Deutsche Nationalversammlung (DNV) gewählt.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, stellt fest, daß von der Kandidatin eine schriftliche Erklärung zur Annahme der Wahl vorliegt. Die Erklärung wird vom Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath** verlesen und zur Kenntnisnahme aller Beteiligten weitergegeben.

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, erklärt an **Eides statt und in Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung, daß er die Einverständniserklärung im Original eingesehen hat.**

**Einwendungen aus der Versammlung gegen die Wahl werden nicht erhoben.**

## **TOP 8.4. Wiederaufnahme der Abstimmung, ob Beisitzer in den Vorstand gewählt werden sollen**

Der Wahl- und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, führt in die Aufgaben und Befugnisse von Beisitzern im Vorstand ein.

Aus der Versammlung wird vorgetragen, daß bei einem Mitgliederstand von

32 (unter Berücksichtigung der vorläufigen Suspendierungen) die Wahl von Beisitzern zur reinen „Postenschacherei“ werde. Ergänzend wird aus der Versammlung angemerkt, daß – sofern die wachsende Mitgliederzahl ein Korrektiv über Beisitzer wünsche, dies über das 10%-Mitgliederquorum und im Rahmen der geänderten Satzung jederzeit eine Nachwahl möglich sei.

Aus der Versammlung wird beantragt:

Auf die Wahl von Beisitzern wird im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung verzichtet.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

## **TOP 8.5. Entscheidung, wieviele Beisitzer gewählt werden**

Entfällt – siehe **TOP 8.4**

## **TOP 8.6 ggfs. geheime Wahl der Beisitzer**

Entfällt – siehe **TOP 8.4**

## **TOP 8.7 – Übergabe der Versammlungsleitung an den gewählten Bundesvorsitzenden**

Der Wahl – und Versammlungsleiter, Herr **Christian Stöhr**, übergibt die Versammlungsleitung an den gewählten Bundesvorsitzenden, Herrn

**Ferdinand Karnath.**

## **TOP 9 Wahl eines Kassenprüfers**

Der gewählte Vorsitzende führt aus, daß ein vom Vorstand unabhängiger Kas-senprüfer aus den Reihen der Mitgliederversammlung zu wählen sei.

Vorschlag aus der Versammlung: Herr **Wilfried Kumm**.

### **TOP 9.1 Vorstellung des Kandidaten**

Herr **Wilfried Kumm**, stellt sich allen vor, denen er noch nicht bekannt sein könnte.

### **TOP 9.2 Wahl des Kassenprüfers**

Der Bundesvorsitzende übergibt die Wahlleitung an Herrn **Christian Stöhr**.

Der Wahlleiter erklärt zu Protokoll, daß es für die Position des Kassenprüfers nur einen Vorschlag gibt.

Auf Befragen des Wahlleiters, Herrn **Christian Stöhr**, erklärt Herr **Wilfried Kumm**, sich der Wahl zu stellen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Herr **Wilfried Kumm**, ist somit einstimmig zum Kassenprüfer gewählt.

Auf Befragen des Wahlleiters, Herrn **Christian Stöhr**, erklärt Herr **Wilfried Kumm**, daß er die Wahl annimmt.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

Der Wahlleiter, Herr **Christian Stöhr**, übergibt das Wort an den gewählten Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**.

## **TOP 10 Sonstiges**

Anmerkung des Protokollführers, Herrn **Alexander Jobst**:

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** wurden verschiedene Anträge behandelt und abgestimmt. Diese sind in fortlaufender Nummerierung von 1. - 6. protokolliert.

Die Versammlungsleitung übernimmt der gewählte Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**.

### **1. Erteilung einer Einzelvertretungsvollmacht für den Bundesvorsitzenden**

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, führt aus, daß ihm vom Wahlprüfungsausschuß des Bundestages, trotz mehrfacher schriftlicher Aufforderung, die Bevollmächtigung zur Einzelvertretung der Partei nicht zurückgereicht worden sei.

Der konkrete zeitliche Verlauf, sowie die damit im Zusammenhang stehenden Schreiben an den Deutschen Bundestag, dieser vertreten durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, sind auf den Netzseiten <http://www.deutsche-nationalversammlung.de>, sowie <http://www.die-dnv.de> für jedermann einseh- und nachvollziehbar, führt der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, weiter aus.

Ergänzend trägt der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, vor, daß ihm vom Bundesverfassungsgericht im Verfahren über die Wahlprüfungsbeschwerde, Az. 2 BvC 21/14, der Hinweis gegeben wurde, daß die Bevollmächtigung nachzureichen sei.

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, beantragt zu beschließen:

Die Mitgliederversammlung möge ihm für sämtliche laufenden Rechtstreite und für die auf den Netzseiten <http://www.deutsche-nationalversammlung.de> sowie <http://www.die-dnv.de> auf der Startseite mit „Ist in Vorbereitung“, „In Vorbereitung“ und „in Arbeit“



skizzierten Maßnahmen eine

## **Einzelvertretungsvollmacht**

zu erteilen.

Es findet eine kurze Aussprache zum Antrag des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, statt.

Aus der Versammlung wird vorgetragen, daß sich die Einzelvertretung aus der neu gefaßten Satzung, dort konkret Artikel 7, Punkt 2. Der Vorstand, dort Abs. (e) Satz 2 ergibt.

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, führt aus, daß es unpraktisch sei, zum Nachweis der Bevollmächtigung in jedem Einzelfall eine Kopie der kompletten Satzung zu versenden. Er werde im Falle des positiven Mitgliederentscheides eine entsprechende Vollmacht mit den Unterschriften der weiteren gewählten Vorstandsmitglieder erstellen.

Weiteres wird nicht vorgetragen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.  
Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

### **2. Erteilung eingeschränkter Einzelvollmacht für Ausgaben zu Lasten der Partei**

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, beantragt zu beschließen:

Jedes einzelne Mitglied des Bundesvorstandes ist berechtigt, Ausgaben und/oder Verpflichtungen zu Lasten der Partei in Höhe von € 2.000,00 je Einzelfall zu tätigen und/oder zu genehmigen. Für

Ausgaben/ Verpflichtungen oberhalb dieser Grenze ist die Zustimmung des gesamten Vorstandes notwendig.

Es findet eine kurze Aussprache zum Antrag statt.

In der Versammlung bestehen keine Einwände gegen den Antrag.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, ist einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

### 3. Übertragung der Betreuung der Netzseiten auf das Mitglied Andreas Mitte

Der Bundesvorsitzende beantragt zu beschließen:

Die technische Pflege und Betreuung sowie die Gestaltung der Netzseiten der Partei, derzeit konkret <http://www.deutsche-nationalversammlung.de> und <http://www.die-dnv.de> wird dem Parteimitglied Herrn **Andreas Mitte** übertragen.

Es findet eine kurze Aussprache zum Antrag statt.

In der Versammlung bestehen keine Einwände gegen den Antrag.

Auf Befragen des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, erklärt das Mitglied **Andreas Mitte**, diese Aufgabe nach einem entsprechenden Mitgliedervotum übernehmen zu wollen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, ist einstimmig angenommen.

Auf Befragen des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, erklärt das Mitglied **Andreas Mitte**, diese Aufgabe zu übernehmen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

4. Antrag auf Ausschluß von 114 Mitgliedern wegen Beitragsrückständen und möglicher weiterer in Betracht kommender Gründe, Verzicht auf den gerichtlichen Einzug der Beitragsrückstände

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, beantragt zu beschließen:

114 Mitglieder werden wegen Beitragsrückständen von mehr als 3 Monaten gemäß Art. 4, Absätze 5, 7 und 8 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung) ausgeschlossen.

Der neu gewählte Bundesvorstand wird von der Mitgliederversammlung beauftragt und ausdrücklich bevollmächtigt, das Vorliegen weiterer Ausschlußgründe zu prüfen und dem Mitglied gegenüber zu vertreten.

Der neu gewählte Bundesvorstand wird von der Mitgliederversammlung beauftragt und ausdrücklich bevollmächtigt, Schadenersatzansprüche gegen ausgeschlossene Mitglieder zu prüfen, die Erfolgsaussichten zu dokumentieren und bei hinreichenden Erfolgsaussichten gerichtliche Schritte einzuleiten.

Es findet eine kurze Aussprache zum Antrag statt.

In der Versammlung bestehen keine Einwände gegen den Antrag.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, ist einstimmig angenommen.

### **Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

5. Der Bundesvorstand wird bevollmächtigt und beauftragt, die Geschäftsführung über Landesverbände gem. Art. 6 Abs. 2 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014 geltenden Fassung) zu übernehmen

Der Versammlungsleiter, der gewählte Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, trägt nach dem einstimmigen Votum der Mitgliederversammlung zu Punkt 5. (Ausschluß von 114 Mitgliedern) vor, daß er die Arbeits- und Leistungs- und Beschlußfähigkeit der zuletzt 11 Landesverbände und deren Vorstände kritisch sieht und bittet um Wortmeldungen.

Das Mitglied, Herr **Alexander Jobst**, trägt vor, daß er seit der Gründungsversammlung des Landesverbandes Sachsen dort Mitglied und gewählter Schriftführer im Vorstand des Landesverbandes ist. **Alexander Jobst** trägt weiterhin vor, daß er im September darüber informiert wurde, daß sowohl der Vorsitzende des Landesverbandes **Sachsen** als auch der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes **Sachsen** aus der Partei ausgetreten seien.

Seither sei für ihn die Frage der kommissarischen Geschäftsführung im Landesverband offen.

Ferner stelle sich die Frage, wie eine satzungsgemäße Ordnung in den Landesverbänden herzustellen oder deren Auflösung zu bewerkstelligen sei, da die Landesverbände im Rahmen ihrer Gründungen die Bundessatzung (in der bis 23.11.2014 geltenden Fassung) sinngemäß übernommen haben. Für die Auflösung von Landesverbänden sei eine 2/3-Mehrheit notwendig, führt Herr **Alexander Jobst** weiter aus.

Herr **Alexander Jobst** gibt ferner unter praktischen Gesichtspunkten zu bedenken, daß sowohl die Auflösung als auch die im weiteren Verlauf

absehbar notwendige Neu-/Wiedergründung von Landesverbänden mit erheblichem finanziellen und logistischen Aufwand einhergehe.

Es findet eine Aussprache der Versammlung zum Vortrag von Herrn **Alexander Jobst** statt.

Der Versammlungsleiter, der gewählte Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, bittet darum, das Vorbringen in einen konkreten Antrag an die Versammlung zu kleiden.

Auf diesen Hinweis beantragt das Mitglied, Herr **Alexander Jobst**:

Die Geschäftsführung derjenigen Landesverbände, deren  
Vorstände durch den Ausschluß von 114 Mitgliedern (gem.  
TOP 10, Punkt 4. dieses Protokolles) sowie durch Rück- und  
Austritte handlungsunfähig geworden sind, geht gemäß  
Art. 6 Abs. 2 der Satzung (in der bis zum 23.11.2014  
geltenden Fassung) vorläufig und solange auf den  
Bundesvorstand über, bis die jeweilige Mitgliederzahl im  
Landesverband eine ordnungsgemäße  
Mitgliederversammlung mit Landesvorstandswahl ermöglicht.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag des Mitgliedes, Herrn **Alexander Jobst**, ist einstimmig angenommen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

6. Übergabe der Mitgliederbetreuung an das Mitglied Fred Günther

Der gewählte Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, trägt vor, daß die Mitgliederbetreuung bislang im Auftrag des Bundesvorstandes durch ein Mitglied geleistet werden sollte. Hier hat es einerseits qualitative Mängel gegeben, ferner sei das Mitglied unter den unter **TOP 10, Punkt**

#### 4. ausge-schlossenen Mitgliedern.

Der Bundesvorsitzende richtet die Frage an die Versammlung, wer die Mitgliederbetreuung im Auftrag des Vorstandes übernehmen könne.

Das Mitglied, Herr **Fred Günther**, erklärt sich bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Auf Nachfrage aus der Versammlung erklärt **Fred Günther** nach einem entsprechenden Mitgliedervotum diese Aufgabe übernehmen zu wollen.

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, beantragt:

Die Mitgliederbetreuung wird dem Mitglied **Fred Günther** übertragen.

Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.

Es werden 26 Stimmen abgegeben, davon

13 Ja-Stimmen und 13 Ja-Stimmen aus der Stimmrechtsuebertragung  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

Der Antrag des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, ist einstimmig angenommen.

Auf Befragen des Bundesvorsitzenden, Herrn **Ferdinand Karnath**, erklärt das Mitglied **Fred Günther**, diese Aufgabe zu übernehmen.

**Einwendungen aus der Versammlung werden nicht erhoben.**

#### 7. Ausführungen des Bundesvorsitzenden, Schlußwort

Der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, führt aus, daß es in den links-nationalistischen Foren, beispielhaft wird das Forum „Sonnenstaatsland“ genannt, Zweifel an seiner juristischen Ausbildung gebe. Es sei insgesamt für diese Kreise typisch, daß öffentlich zugängliche Informationen zu seinem Studienverlauf an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort die Juristische Fakultät, öffentlich negiert und somit zum Schaden der Partei eingesetzt würden.

In diesem Zusammenhang verliert der Bundesvorsitzende, Herr **Ferdinand Karnath**, Einschätzungen seiner Studienleistungen durch Professoren der Humboldt-Universität zu Berlin. An dieser Stelle besteht für die anwesenden Mitglieder die Möglichkeit, Einsicht in die Unterlagen zu nehmen.

Diese Möglichkeit wird von einer kleinen Anzahl der Anwesenden genutzt.

Der Bundesvorsitzende und Versammlungsleiter, Herr **Ferdinand Karnath** fragt die Versammlung, ob es Fragen an den Vorstand oder Anträge gebe.

**Dies wird aus der Versammlung übereinstimmend verneint.**

Der Bundesvorsitzende und Versammlungsleiter, Herr **Ferdinand Karnath** fragt die Versammlung, ob es Einwände gegen den Ablauf der Versammlung im Allgemeinen sowie gegen die Wahlen im Besonderen gebe.

**Dies wird aus der Versammlung übereinstimmend verneint.**

Der Bundesvorsitzende und Versammlungsleiter, Herr **Ferdinand Karnath**, bittet darum, daß 2 Teilnehmer der Versammlung den korrekten Ablauf der Versammlung, sowie der notwendigen Wahlen an Eides Statt versichern. Der Bundesvorsitzende und Versammlungsleiter, Herr **Ferdinand Karnath**, weist darauf hin, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist. Der Text der eidesstattlichen Erklärung wird verlesen.

Es erklären sich aus der Versammlung 2 Anwesende, die weder einem Parteiorgan angehörten noch nach den Wahlen angehören, bereit, eine entsprechende Erklärung zu unterzeichnen.

Es findet die Unterzeichnung der eidesstattlichen Erklärungen in Anwesenheit aller Teilnehmer statt.

Der Bundesvorsitzende und Versammlungsleiter, Herr **Ferdinand Karnath** erklärt die Versammlung um 16:10 Uhr für beendet und bittet darum, die Restaurantrechnungen persönlich zu begleichen.

Ende der Versammlung: 16:10 Uhr

Für die Richtigkeit:

Wandlitz, den 23.11.2014

---

**Alexander Jobst, Protokollführer**

---

**Christian Stöhr, Wahlleiter und Versammlungsleiter**

---

**Ferdinand Karnath, Bundesvorsitzender**

---

**Michael Roede, stellvertretender Bundesvorsitzender**



